

Vorlagennummer
SV 06/

Drucksachenummer
SV 06/

SPD-Fraktion

Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Bad Homburg v.d.Höhe

24. Februar 2009

Antrag

Betreff: **Steuerforderung der Hessischen Landesregierung an die Städte und Gemeinden in Hessen
hier: Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung**

Wortlaut: Der Magistrat wird gebeten, den durch die Hessische Landesregierung beabsichtigten Ausgleichszahlungen durch Bad Homburg zum Länderfinanzausgleich durch Klage entgegen zu wirken, bzw. sich den klagenden Städte, z.B. Frankfurt/Main und Eschborn anzuschließen und so den beabsichtigten Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung abzuwehren.

Begründung: Die Hessische Landesregierung möchte Teile der Gewerbesteuer-Einnahmen der Kommunen durch Ausgleichszahlungen der hessischen Städte und Gemeinden zum Länderfinanzausgleich heranziehen. Mit der einseitigen Kürzung greift die Hessische Landesregierung unmittelbar in die kommunale Selbstverwaltung der Städte und Kommunen, auch in Bad Homburg, ein. Dies gilt es, rechtzeitig zu verhindern. Deshalb soll die Stadt Bad Homburg handeln und sich diesem Ansinnen durch die Stadtverordneten-Versammlung mit der Entscheidung, Klage zu erheben, bzw. sich den klagenden Städten wie z.B. Frankfurt/Main und Eschborn und anderen anschließen.

Mit freundlichen Grüßen

Waldemar Schütze
Fraktionsvorsitzender

f.d.R. gez. Wilma Schnorrenberger

